DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V. April 2/1990

ÅRT. 146 GG SICHERT SELBSTBESTIMMUNG

Das Ergebnis der Wahl der Volkskammer der DDR am 18. März 1990 ist eine richtige Überraschung. Entgegen allen Prognosen wurde nicht die SPD, sondern die CDU die stärkste Partei, die mit der "Allianz für Deutschland" knapp die Mehrheit verpaßte. Übereinstimmend lautete die Diagnose, die Wählerinnen und Wähler haben Bundeskanzler Kohl gewählt. Soweit diese Variante. Trotzdem ist eine Analyse über das sog. Nord-Süd-Gefälle erforderlich. Welche Ursachen, welche Gründe sind maßgebend für die außerordentlich hohen Ergebnisse für die CDU in Thüringen und Sachsen, in denen die Arbeiterparteien immer die stärkste Kraft darstellten ? Auch der geringe Stimmenanteil der Demokratischen Aktion (DA) ist bedenklich, die in Leibzig die friedliche Revolution einleitete und lange Zeit führte. Gewiß, die DA ist in der "Allianz für Deutschland" eingebunden, aber gerade darum hätte sie mehr Stimmen für ihre Verdienste erhalten müssen; denn sie waren für die Allianz ja nicht verloren. Noch eins, die Führungskräfte der DA waren keine Mitglieder der Blockparteien wie einige Funktionäre von CDU und SPD und hatten auch nicht die massive Unterstützung von Prominenz aus der BRD, die im Wahlkampf oft hart kritisiert wurde. Es war aber nicht nur Prominenz, sondern auch die D-Mark, die als Wahlunterstützung reichlich floß. Allein das Ministerium für innerdeutsche Angelegenheiten zahlte 4 Millionen an die DDR-CDU und 3,5 Millionen an die anderen Parteien, außer den GRÜNEN, wie am 15.3.1990 im Bundestag mitgeteilt wurde. Weitere 20 Millionen DM wird das Ministerium an die genannten Parteien zahlen. Für das Wahlvolk sind die harten Sachfragen auf dem Tisch: Die Währungs- und Wirtschaftsunion sowie die Sozialfragen. Diese Probleme sind wohlausgewogen abzuhandeln; denn in das Währungs-,Wirtschafts- und Sozialwesen der DDR kann nicht einfach das der BRD eingefügt werden. Auch dann nicht, wenn man das Wahlergebnis als ein Votum für den Artikel 23 GG verkündet. Die Demokraten in der DDR sollten für die Herstellung der Einheit Deutschlands für die Erfüllung des Art. 146 eintreten; denn die Einheit erfordert eine neue Verfassung. Erstens hat die Verfassung der DDR ebenfalls unabdingbare Grundrechte und zweitens, die Einbindung in das GG der BRD würde bedeuten, daß nach den ersten freien Wahlen vom 18.3.1990 die freie Mitbestimmung über die Gesamtdeutsche Verfassung außer Kraft gesetzt würde.

Gewiß, das GG der BRD hat auch 20 unantastbare Grundrechte. Es gibt den Art. 26, der die BRD zur Friedenspflicht zwingt, und den Art. 139, der die Befreiungsgesetze der Antihitlerkoalition als Bundesrecht festschreibt. Aber unser GG hat viele Veränderungen und "Ergänzungen" erfahren. So wurde die am 19.3.1956 beschlossene Wehrpflicht nicht an den Art. 4.3 angefügt, sondern an den Art. 36 ("Personal und Bundesbehörden"). Am 24. Juni 1968 beschloß der Bundestag die Annahme der Notstandsgesetze und fügte diese durch "a"-Artikel in das GG ein, z.B: 12a mit dem Titel "Wehrpflicht und andere Dienstverpflichtungen" oder 115 a bis l für den "Verteidigungsfall". Aus diesem Grundgesetz müssen alle diese Notstandsartikel entfernt werden, das ist die Aufgabe von Demokraten.

Aber gemeinsam steht die Aufgabe: Eine Verfassung mit den demokratischen Grundrechten zu schaffen, angenommen in freier Selbstbestimmung (Art. 146 GG) durch das Wahlvolk in der DDR und der BRD für eine neutrales Deutschland in den Grenzen von 1945.

Willy Hundertmark

NEUE STRUKTUR DER ANTIFA BEWEGUNG DER DDR

Unsere Freunde in der DDR haben uns von der Tagung vom 25. Januar 1990 die Unterlagen von den Ergebnissen der Beratung übermittelt. Davon dokumentieren wir nachstehend den Aufruf an die Bürger der DDR:

AUFRUF

Bürger der DDR,
in der Zeit der Nazi-Diktatur sind wir

- für FREIHEIT und MENSCHENRECHTE
- für unsere deutsche HEIMAT
- gegen WILLKÜR und UNTERDRÜCKUNG und gegen den KRIEG

in den Widerstand gegangen!

Dafür sind Hunderttausende ermordet, eingekerkert,in Konzentrationslager gebracht, aus dem Lande vertrieben worden. Heute müssen wir beschämt und mit Erbitterung feststellen, daß diese, unsere Ideale mißachtet und mißbraucht wurden.

Trotzdem geben wir unsere Ziele nicht auf!

Antifaschismus heute, hat mehr denn je aktuelle Bedeutung!

Antifaschismus heute, ist der Zusammenschluß einer großen Gemeinschaft von Gleichgesinnten aus allen Schichten unserer Bevölkerung, um die Gefahren, die unser Land bedrohen, abzuwenden. Wir warnen vor jedem Extremismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenhaß und Antikommunismus, die uns ins Chaos führen und nur neuen Haß nach innen und außen hervorrufen.

Wir fordern Freiheit, Menschenwürde und Toleranz!

Wir sagen uns los von jeglicher Bevormundung durch eine Partei!

Deshalb trennen wir uns in unseren eigenen Reihen von allen Überresten stalini-

Der Landesvorstand
hat beschlossen:

Die **Landesdelegiertenkonferenz**
wird am **12. Mai 1990**
um **15 h** Einlaß 14 h
in der
Begegnungsstätte Haferkamp
durchgeführt

stischer Strukturen und politischer Einengung des Antifaschismus.

Wir reichen allen antifaschistischen Basisgruppen und Initiativen die Hand zur gemeinsamen Abwehr von Neofaschismus und nationalistischer Rechtsentwicklung!

Wir erklären uns solidarisch mit allen Parteien, Organisationen, Oppositionsgruppen, Vertretern der Kirche und Religionsgemeinschaft, Bürgerkommitees und der Jugend, die sich zum Antifaschismus bekennen!

Schließen wir uns zusammen!
Bildet sofort überall Basisgruppen und Initiativen auf dem Weg zu einem Bund der Antifaschisten!
Die Zeit drängt!
Handeln wir!

- Für antifaschistische Grundpositionen!
- Für die Verteidigung unserer durch das Volk errungenen Demokratie!
- Für unser Land!
- Für ein Leben der Menschen in Gewaltlosigkeit, in sozialer Sicherheit und in Frieden!

Kommitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR
- Interessengemeinschaft ehemaliger antifaschistischer Widerstandskämpfer, Verfolgter und Hinterbliebenen -

Zu der Beseitigung der stalinistischen Strukturen wird in den Informationen folgender Hinweis gegeben:

"- Die Bezirks- und Kreiskommitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR setzen sich für die Gründung selbständiger örtlicher Vereinigungen der Kämpfer, Verfolgten, Hinterbliebenen sowie anderer interessierter Antifaschisten ein, die ebenfalls an der Schaffung des vorgesehenen Bundes der Antifaschisten mitwirken.
- Die Tätigkeit der zentralen Arbeitsgemeinschaften, Sektionen und Kommissionen beim Kommitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer wird unter Einbeziehung weiterer interessierter und engagierter Kräfte erweitert und vertieft."

Bisher arbeitete die V.d.N. nur mit Kommitees und Kommissionen. Es gab keine Organisation und damit keine Mitgliederversammlungen und folglich keine sich wiederholenden Neuwahlen.

Willy Hundertmark

STATT SCHÄUBLE-ENTWURF GLEICH- STELLUNG

Im September letzten Jahres legte Bundesinnenminister Schäuble dem Kabinett und der Öffentlichkeit in auffälligster Hast einen neuen Entwurf für eine Deformation des Ausländerrechts vor. Als Hauptgrund wurde genannt "die Aufnahmeverpflichtung für Deutsche, die weiter zu uns kommen dürfen". Dieser barocke Referentenentwurf schaffte Ausländer 1. und 2. Klasse, EG Bürger und andere, für die der Anwerbestopp verschärft wird. Das bedeutet für jugoslawische, türkische, marokkanische oder tunesische Familien z.B., daß sie ihre Kinder schon ab 16 Jahren nicht mehr nachholen dürfen, nachziehende Ehepaare erst 5 Jahre lang warten müssen, bis sie arbeiten dürften, eine Aufenthaltsgenehmigung nur erteilt werden kann, wenn man statt 5 nunmehr 8 Jahre rechtmäßig hier lebt, sich eine ausreichend große Wohnung leisten kann und Arbeit hat. Die Gefahr der Abschiebung droht unmittelbar Frauen, deren Mann stirbt oder sich von ihnen trennt. Möglichkeiten werden verbaut, die Abschiebung verfolgter Minderheiten zu verhindern, selbst wenn Folter oder Existenzvernichtung drohen. Konnten bislang in Bremen Ermessensspielräume der Behörden zugunsten Betroffener genutzt werden, sollen nunmehr CSU Verhältnisse zum Regelfall werden. Im Grunde wird das Problem bundesdeutscher Ausländerpolitik auf die Spitze getrieben mit der verlogenen Behauptung, die BRD sei kein Einwanderungsland.

Nach 35 Jahren sollten unsere Kollegen und ihre Familien endlich die Sicherheit verspüren, die sie für ihre weitere Lebensplanung brauchen. Längst ist der ersten Generation von Einwanderern bewußt, daß sie um der Zukunft ihrer Kinder und Enkel willen zu Einwohnern der BRD geworden sind. Ausländerwahlrecht ist ein Mittel, endlich zu Gehör zu kommen, Niederlassungsrecht und/oder Doppelstaatsbürgerschaft die Chance zur Öffnung des Weges in Richtung Gleichberechtigung.

Raimund Gaebelein-Henkel

Wir gratulieren zum Geburtstag im April 90

Georg Gumpert	3. April	76 J.
Gisela Geerken	7. April	78 J.
Albert Drazewski	10. April	85 J.
Albert Schmielewski	14. April	91 J.
Willy Hundertmark	16. April	83 J.
Albert Piosek	20. April	72 J.
Thea Drazweski	21. April	78 J.
Eva Schaz	28. April	75 J.
Willi Meyer-Buer	30. April	79 J.

Frauen überschreiten Grenzen

Frauen gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit

Wir, Frauen aus wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen, parlamentarishcen Parteien, dem kirchlichen Bereich, den Gewerkschaften und anderen Institutionen, wir Frauen sind in Sorge.

Wir sehen, daß viele Menschen sich von überstürzenden Entwicklungen überfordert fühlen.

Nationen, Staaten, Gesellschaftssysteme sind im Umbruch. Europa ist in Bewegung. Zunehmende Bevölkerungswanderungen von Osten nach Westen und Süden nach Norden verunsichern die Menschen zusätzlich. Dies trifft auf die wachsende und sich beschleunigende Unübersichtlichkeit technischer und gesellschaftlicher Prozesse. Die Vertrautheit bekannter Umwelt und gesicherter Tradition schwindet. Angst vor der Zukunft, Irritationen und emotionale Abwehr sind bei vielen die Folge. Wir nehmen dies ernst und wollen, daß sich politische Vernunft und nicht Rattenfängermentalität in unserem Land durchsetzt.

Wir Frauen wissen um die Gefahren, die aus Haß, nationaler Überheblichkeit, Neid und Rassismus für den inneren und äußeren Frieden erwachsen. Darum wenden wir uns gegen Parteien und Tendenzen in der Gesellschaft, die Rassenhaß, Antisemitismus und gewissenlos menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit schüren.

Die einmalige Chance, in überschaubaren Schritten zum Weltfrieden zu gelangen, darf nicht zerstört werden.

Wir sind davon überzeugt, daß die Zukunftsaufgaben lösbar sind: nicht in Hektik und Schwarzmalerei, sondern in überlegter Ruhe, nicht in übersteigertem Nationalsmus, sondern im Einvernehmen mit unseren Freunden und Partnern diesseits und jenseits der Grenzen.

Wir Frauen haben uns daher über parteipolitische, ideologische, weltanschauliche und konfessionelle Grenzen hinweg zusammen gefunden, um aus unserer Sicht zur Lösung der Zukunftsfragen beizutragen. Wir wollen unsere Lebenserfahrungen, unsere Gedanken und Phantasie in Staat und Gesellschaft einbringen. Dabei setzen wir uns dafür ein, daß Menschlichkeit unverzichtbares Gebot freiheitlicher Politik bleibt. Die Freiheit, die wir im Westen haben und die die Menschen im Osten mit großem Einsatz erkämpften, bedeutet auch Mitverantwortung. Gerade in Zeiten des Umbruchs sind Besonnenheit, Umsicht und Vernunft erforderlich, um den Frieden zu bewahren und zu sichern.

Respekt und Toleranz sind zwingende Voraussetzungen, um mit Menschen aus vielen Ländern und Kulturen zusammen leben zu können. Positive Erfahrungen von der Stadtteilarbeit über Städtepartnerschaften, der Europäischen Gemeinschaft, bis zu internationalen Staatsverträgen, machen Mut und fördern Verständnis wie Zusammenwachsen der europäischen Völker und erhöhen die Sensibilität für die Menschen der dritten Welt.

Frieden zwischen den Völkern setzt sozialen Frieden im eigenen Land voraus.

Wir wollen
- eine Gesellschaft mit kultureller Vielfalt
- einen selbstverständlichen toleranten Umgang mit Menschen, die andere Verhaltensweisen, andere kulturelle Herkunft haben.

Wir wollen
- daß Erfahrungen anderer Menschen und Völker in unserem Leben Raum finden dürfen;
- daß Solidarität und Bereitschaft zur sozialen Grechtigkeit zur Grundlage politischen und privaten Handelns werden.

Wir wollen
- Kindern, älteren Menschen, Behinderten, sozial Schwachen und unterdrückten Völkern nicht erst dann helfen, wenn wir ihnen unsere Vorstellungen aufgenötigt haben.

Wir Frauen wenden uns daher an alle Bürgerinnen und Bürger, an die Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, sozialen Bewegungen, Wohlfahrtsverbände, Kulturschaffenden, die Wirtschaft und an die Medien.

Helfen Sie mit. Schließen Sie sich unserem Aufruf an.

Tun sie in Ihrem Bereich und nach Ihren Kräften alles gegen das Anwachsen und die Duldung von Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit in unserem Land.

Dr. Ursula Engelen-Kefer, Liselotte Funke, Dr. Hildegard Hamm-Brücher, Karin Hempel-Soos, Irmgard Karwatzki, Dr. Anneliese Lissner, Prof. Brigitta Naumann, Prof. Dr. Heide Pfarr, Prof. Eleonore von Rotenhan, Eva Rühmkorf, Waltraud Schoppe, Carola Stern, Prof. Dr. Rita Süssmuth, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Dr. Beate Winkler, Dr. Monika Wulf-Mathies, Hildegard Zumach.

Informationen über "FRAUEN ÜBERSCHREITEN GRENZEN"
Professor-Neu-Allee 20, 5300 Bonn 3

Die Zeit ist ÜBER-REIF, für FRAUEN-Politik: MENSCHLICHKEIT GEGEN HASS - männlichen Größenwahn und Arroganz. (im wahrsten Sinne des Wortes - "Not wendend" - So hat sich jetzt eine Frauen-Gruppe aus allen gesellschaftlich relevanten Kreisen-Gruppen-Parteien einem Thema verschrieben: GEGEN RCHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT !

Dieses Thema ist auch, seit je her, u n s e r T h e m a. Deshalb veröffentlichen wir den Auruf dieser Frauen und unterstützen ihn selbstverständlich.

Irmgard

WOCHENDSEMINAR DER GRUPPE WEST

Am 3./4 März fand in Seppensen ein ausgesprochen positives, vorwärtsweisendes Seminar der Gruppe West mit 13 Teilnehmern statt. Das Seminar wurde von Walter F. mit einem Referat über die verschiedenen faschistischen Regimes (Portugal, Spanien, Italien, Polen etc.) nach dem 1. Weltkrieg eröffnet.

Es folgte anschließend eine Diskussion, wie sich Wirtschaftsmacht heute darstellt und auf die Politik auswirkt.

Die Schlußfolgerung für den antifaschistischen Kampf lautete, daß er antimonopolkapitalistisch sein muß.

Die Aussprache über die Arbeit unserer Organisation in der vergangenen Zeit endete mit der Zielsetzung, in Zukunft den kollektiven Arbeitsformen mehr Raum zu gewähren.

Es wurde dann über die nächste L.D.K. am 12. Mai 1990 gesprochen und empfohlen, daß nur delegiert werden soll, wer bis März 1990 seine Beiträge entrichtet hat und damit half, daß Gehalt des Kameraden Volker und die Arbeit des VVN-BdA abzusichern.

In diesem Zusammenhang gibt die Gruppe West eine Empfehlung an den L.V., nochmals alle säumigen Mitglieder anzuschreiben.

Auf der L.D.K. sollen u.a. auch die Deligierten zum Bundeskongreß am 9./10. Juni gwählt werden.

Am Sonntag, den 4. März begann die Diskussion mit der Frage, ob die VVN-BdA noch VVN heißen solle. Das wurde im Hinblick auf noch lebende Verfolgte bejaht.

Die zukünftige Arbeit des VVN-BdA umfaßt weiterhin die Beachtung, Ausgestaltung und Durchführung bestimmter Jahrestage (8. Mai. 9. Nov.). Zu dieser Thematik hatte unsere Kameradin Irmgard die gute Idee, den 10. Mai 90 besonders zu begehen, weil sich an diesem Tag der Überfall Hitlerdeutschlands auf die Beneluxstaaten zum 50. Male jährt. Die Frage um sichere Grenzen und die Ängste unserer Nachbarn sind ja gerade zur Zeit sehr aktuell.

So umfaßte unser Seminar in Seppensen die unterschiedlichsten Themenbereiche. Wir diskutierten Vergangenes (faschist. Regimes nach dem 1. Weltkrieg, Auswirkungen stalinistischer Politik), Aktuelles und unsere zukünftige Arbeit.(U.a. gab uns der Hamburger Sekretär Rolf einen ausführlichen Bericht über die gerade stattgefundene antifa.- Demo in Hamburg. Daß, nebenbei bemerkt, die Waldspaziergänge und tolle Verpflegung nicht fehlten, ist doch für Seppensen selbstverständlich.

Golanowski

Kameradinnen und Kameraden !
In wenigen Tagen beginnt der

OSTERMARSCH ! 1990!

Im Aufruf der im Bremer Friedensforum zusammenarbeitenden Initiativen wird gefordert:

Für eine friedliche Zukunft in einem geeinten Europa !

- Aufbau eines gesamteuropäischen Systems kollektiver Sicherheit, das die NATO und den Warschauer Pakt ersetzt;
- Errichtung einer friedlichen, sozial gerechten und ökologischen Ordnung

Folgende Maßnahmen müssen sofort verwirklicht werden:

- bedingungslose Anerkennung der polnischen Westgrenze (Oder/Neisse Linie,
- Entmilitarisierung von BRD und DDR - kurzfristig Halbierung der Mannschaftsstärken von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee, mittelfristig weiterer Truppenabbau;
- drastische Kürzung der Rüstungsausgaben, Streichung sämtlicher Rüstungsprojekte (z.B. Jäger 90) und Einstellung aller militärischen Modernisierungspläne;
- Nutzung der freiwerdenden Mittel für eine Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produktion (Konversion);
- Abtransport bzw. Vernichtung aller in der Westpfalz gelagerten US-Giftgasgranaten nach vorheriger Risikostudie zur Ermittlung der gefahrenärmsten Vernichtungsmethode und umfassender Aufklärung der Bevölkerung;
- Verbot der Stationierung neuer ABC-Waffen in der Bundesrepublik und Verankerung dieses Waffenverzichts im Grundgesetz;
- Kürzung des Wehr- und Zivildienstes auf zunächst 12 Monate;
- Abschaffung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer;
- Einstellung aller militärischen Tiefflüge.

Wir Antifaschisten der VVN/BdA stehen uneingeschränkt hinter diesen Forderungen und engagieren uns für den Erfolg des Ostermarsches:

Am Sonnabend, den 14. April

Sternfahrt
- 11.00 Fahrrad-Demo ab Stern und ab Wartburgplatz
- 11.30 ab Martin-Luther-Kirchengemeinde Findorff
- 12.00 Demo ab Ziegenmarkt im Steintorviertel
- 13.00 Kundgebung auf dem Marktplatz

Am Ostermontag, den 16. April
Fahrradkorso

- 10.00 ab Bremer Marktplatz zur Garlstedter Heide
- 12.00 ab Sedanplatz in Bremen-Vegesack zur G.-Heide
- 14.00 Ostermarschtreffen an der B 6 / Panzertrasse; Friedensandacht, anschl. Wanderung
- 16.00 Abschlußkundgebung vor der US-Kaserne es spricht: Will Quadflieg

Bitte möglichst viele Transparente, Sandwiches u.ä. mitbringen. Auch Musikinstrumente für einen stimmungsvollen Umzug!

Achtung **Achtung**

Am 21. April 1990, um 15 Uhr in der Begegnungsstätte Haferkamp findet die **Landesmitgliederversammlung** statt. Die Einladung zu dieser Versammlung erfolgt aufgrund des einstimmig angenommenen Beschlusses 2 a der Landesdelegiertenkonferenz vom 09. Dezember 1989.

Der Landesvorstand

Haltestelle Haferkamp der Linien 10 und 2 aus allen Richtungen.

KENNST DU HEIDERUH ?

Laß Dir raten: fahre hin: allein zu zweien - 3 -4 - mehreren, eine Idylle für gestreßte Großstädter.

Ich habe ein Wochende dort zugebracht, und hatte das Gefühl, gute alte Verwandte zu besuchen, obwohl ich zum 1. Mal kam.

Dort triffst Du MENSCHEN, nicht "bloß Leute".

Wie die Erbauer und die heutigen Betreuer, sollten viele Menschen mithelfen (und spenden), um diese Einrichtung noch recht lange zu erhalten.

Irmgard.

"DIE WELT DER ANNE FRANK 1929-1945" Eine Ausstellung der Anne-Frank-Stiftung Amsterdam

Untere Rathaushalle
17.Aug. - 13.Sept. 1990

Gustav-Heinemann-Bürgerhaus Bremen-Nord
13. September bis 29 September 1990

Wer kann ehrenamtlich Aufsicht und Führungen übernehmen ?
Melden im Büro.

TERMINE

GRUPPE OST

Mitgliederversammlung mit Delegiertenwahl.

Datum: 19.April 1990
Beginn: 19.30 Uhr
Ort: VVN-Büro Bürgerm. Deichmannstr. 26

Ausser der Landesdelegierten-Wahl (LDK - 12. Mai 1990) interessiert natürlich auch,

- wer sich noch als Gruppenmitglied versteht -
- wer weiterhin Gruppen-Treffen wünscht -

u n d,

was ihr noch für Anregungen und Aufregungen habt.

Die älteren Kameradinnen und Kameraden,

die Schwierigkeiten mit der An- und Abfahrt

haben, möchten bitte anrufen, damit ein Fahrdienst organisiert werden kann

- VVN-Büro Tel. 382914 -

VVN GRUPPE WEST

2. April 20 Uhr Gruppenvostand Büro
11. April 18 Uhr Mittwochskreis Büro
Thema: Aktuelle Fragen
23. April 20 Uhr Mitgliederversammlung Büro
Thema: Kommunale Friedensarbeit
7. Mai 20 Uhr Gruppenvorstand Büro
9. Mai 18 Uhr Mittwochskreis
18.-20. Mai Nachbarschaftshaus Ohlenhof
4. Gröpelinger Friedensfest
24. Mai (Himmelfahrt) Fahrt nach Amsterdam.
Besuch des Anne-Frank-Hauses. Abfahrt 7 Uhr Büro.
Buskosten ca 25-30 DM. Anmeldung Gruppe West oder Büro.
Singekreis
12.4., 26.4., 10.5. jeweils um 18.30 Uhr

30 JAHRE PROTEST GEGEN ATOMWAFFE

Termine
Mittwoch, 18. April 1990, 20 Uhr
Christen und Pazifisten im Kampf gegen die Wiederbewaffnung



Waldemar Klischies, Diether Koch
Edith und Rolf Müller
19.30 Uhr Stephani-Gemeinde

Mittwoch, 9.Mai 1990, 20 Uhr
Frauen in der Friedensbewegung
Alida Klee. Margot Konetzka
Gerd Konietzny, Thea Schweingruber
9.30 Uhr Stephani-Gemeinde

Veranstaltungsreihe der Bremer Volkshochschule, der Bildungsvereinigung "Arbeit und Leben" (DGB/VHS), der Akademie für Arbeit und Politik an der Universität Bremen sowie der Forschungs- und Bildungsstätte zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Lande Bremen
Leitung: Christoh Butterwege

PODIUMSDISKUSSION

Ostermarsch 1960/1990: 30 Jahre Protest gegen Atomwaffen - erfolgreiche Traditionslinie oder überlebtes Ritual ?

Der Ostermarsch, bis Ende des Jahrzehnts alljährlich mit ständig steigenden Teilnehmerzahlen und seit 1980 wieder zuerst in Bremen regelmäßig durchgeführt, leitete nach einer längeren Stagnationsphase die Neuformierung der Friedensbewegung ein. Zum 30. Jubiläum soll des 1. Bremer Ostermarsches gedacht und diskutiert werden, ob sich diese Aktionsform nicht längst überlebt hat.

Teilnehmer: Detlef Dahlke, langjähriger Sprecher des Ostermarsch-Regionalausschusses Bremen/Weser-Ems
Dr. Guido Grünewald, Köln
Prof. Dr. Karl Otto (Universität Bielefeld), Verfasser des Buches "Vom Ostermarsch zur APO"
Helga und Hans-Konrad Tempel, Ahrensburg (Initiator/-in des ersten Ostermarsches in der Bundesrepublik)

Dienstag, 10.4.1990, 19.30 Uhr, Stephani-Gemeindehaus, Faulenstr. 108

Die Veranstaltung ist Bestandteil des Rahmenprogramms der Ausstellung "100 Jahre 1. Mai"

V.i.S.d.P.: Willy Hundertmark